Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0308/12	Datum 06.08.2012
Dezernat: VI	Amt 61	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	18.09.2012	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Ausschuss für Umwelt und Energie	23.10.2012	öffentlich	Beratung
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	25.10.2012	öffentlich	Beratung
Stadtrat	08.11.2012	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 31,FB 23,FB 62	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Externe Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen vorhabenbezogener B-Plan Nr. 432-2.1 "Lindenhof"

Beschlussvorschlag:

Die extern zu erbringenden Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen werden im Rahmen des Ausgleichsflächenmanagements geregelt.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit		Pflichtaufgabe	X	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.		X		nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
	JA		NEIN			X

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) Amt/Fachbereich	61	Sachbearbeiter Heidrun Bartel, Tel. Nr.: 540 5389	Unterschrift AL / FBL Heinz-Joachim Olbricht
--------------------------------------	----	---	---

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	VI	Unterschrift Dr. Dieter Scheidemann	i.A. Hr. Olbricht
---------------------------------------	----	-------------------------------------	-------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	06.12.2012
-----------------------------------	------------

Begründung:

Am 12.04.2012 beschloss der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Drucksache DS0492/11 - Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 432-2.1 „Lindenhof“ - unter Beachtung des Änderungsantrages DS0492/11/1.

Der Änderungsantrag besagt, dass die Ersatzpflanzungen im Gebiet Reform vorzunehmen sind. Die zu erbringenden Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für den durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan vorbereiteten flächenmäßigen Eingriff in Natur und Landschaft wurden auf der Grundlage des „Magdeburger Modells“ berechnet.

Der Eingriff kann nur teilweise im Gebiet selbst kompensiert werden. Der überwiegende Anteil muss extern ausgeglichen werden. Es wurde vorgeschlagen, auf dem Gelände des Golfplatzes entsprechende Maßnahmen durchzuführen (ca. 5000 m² geschlossene Gehölzpflanzung aus Sträuchern, Heistern und Bäumen).

Aufgrund des Änderungsantrages DS0492/11/1 prüfte die Verwaltung die Unterbringung der Ersatzmaßnahmen im Stadtteil Reform.

Es wurden Flächen untersucht, die hinsichtlich ihrer Lage geeignet schienen, die Wohn- und Aufenthaltsqualität für die im Stadtteil ansässigen Bürger zu erhöhen und auf die auch eigentumsrechtlich zugegriffen werden könnte. Die Prüfung erfolgte in Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde und unter Einbeziehung des SFM und des Verbandes der Gartenfreunde.

- Kleingartenpark Reform: Die zurzeit zur Verfügung stehenden Flächen (Abstandsgrün zwischen dem Magdeburger Ring und den Gartenparzellen) weisen im jetzigen Zustand bereits einen so hohen Biotopwert auf, dass keine zusätzlichen Anpflanzungen vorgenommen werden können. Der Verband der Gartenfreunde beabsichtigt, mittelfristig den Pflanzstreifen zur Verkehrsstrasse durch die Wegnahme von Kleingärten zu vergrößern. Allerdings sollen vorerst keine Kündigungen erfolgen, sondern lediglich Gärten bei denen das Pachtverhältnis beendet wird, nicht neu belegt werden. Da außerdem noch kein konkretes Entwicklungskonzept vorliegt, mangelt es an den notwendigen Voraussetzungen für eine Festsetzung im B-Plan.
- Grünfläche auf der Nordseite des Planetenweges zwischen den Garagen östlich Hektorweg und der Kirche St. Adalbert sowie dem südlich anschließenden Garagenhof:
Das Gelände ist überwiegend mit Gehölzen bestanden. Die eingestreuten Wiesenflächen werden genutzt und sollten in dieser Form erhalten bleiben.
- im Bau befindliche Straßenbahntrasse:
Die Flächen sind vollständig mit Ersatzmaßnahmen für den Straßenbahnbau belegt.
- öffentliche Grünflächen in Neu-Reform:
Das Flächenangebot an öffentlichem Grün ist sehr begrenzt. Die Grünflächen besitzen aufgrund des vorhandenen Baumbestandes kaum Aufwertungspotential.

Da im Stadtteil Reform keine geeigneten Flächen zur Aufnahme des nicht unerheblichen Ausgleichsdefizits (ca. 2900 Wertpunkte) gefunden werden konnten, muss die Kompensation über das Ausgleichsflächenmanagement geregelt werden. Der überwiegende Teil des Ausgleichsdefizits soll Maßnahmen im weiteren Umfeld von Reform zugeordnet werden (Salbker See, Vikarienmühle).

Der Vorhabenträger löst das Ausgleichserfordernis finanziell ab.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, in diesem Sinne zu verfahren.